

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2008/ 09
gehalten am 13. 3. 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Motto „**Zukunft verantworten**“ gehen wir Grünen in die diesjährigen Haushaltsberatungen.

Dabei soll auch Effizienz unser Verhalten bestimmen. Es soll heißen, große Wirkung mit möglichst geringem Einsatz zu erzielen. Die Haushaltssituation lässt anderes nicht zu, und trotzdem muss Politik immer handlungsfähig sein.

Effizienz soll aber auch heißen, Weichen zu stellen für eine zukunftsfähige Stadt, mit begrenzten finanziellen Mitteln auf gesellschaftliche Notwendigkeiten zu reagieren.

Deutschland verändert sich, somit auch Bergkamen. Die Menschen werden älter, die Familien kleiner. Junge Leute, die hier ihr Abitur gemacht haben, finden selten den Weg zurück in ihre Heimatstadt.

Bergkamen muss attraktiv sein für junge Familien. Ob sie sich wohl fühlen, hängt entscheidend von ihrem unmittelbaren Umfeld ab, von einer familienfreundlichen Infrastruktur, aber auch von beruflichen Perspektiven. Wir müssen unsere Stärken ausbauen und Fehlentwicklungen korrigieren. Bergkamen ist eine Stadt inmitten von Grün und am Wasser, mit hervorragender Anbindung an die wichtigsten Verkehrssysteme. Und diese Lage, die auch Lebensqualität bedeutet, dürfen wir nicht leichtfertig verspielen. Die Zukunft der Städte ist eng verknüpft mit der Zukunft der Familien.

Wie in jedem Jahr, versucht unsere Fraktion mit eigenen Anträgen auf diese gesellschaftliche Realität zu reagieren. Und dabei geht es uns nicht um Duftmarken, wie es Frau Middendorf vor einem Jahr in ihrer Haushaltsrede sagte.

Frau Middendorf,

Duftmarke ist eine Vokabel aus dem Animalischen. Wenn der Hund in die Ecke pinkelt, setzt er eine Duftmarke, aber der nächste Regen spült sie weg.

Wenn wir Grünen einen Antrag stellen, dann wird er zwar von Ihnen abgelehnt, aber Jahre später sind diese Inhalte politische Normalität. Wie ist es denn sonst zu verstehen, dass inzwischen sehr viele, früher noch strittige Anliegen der Grünen, heute zum politischen Selbstverständnis gehören. Ob es unsere Anliegen zum Klimawandel sind, soziale Fragen oder der Freiflächenschutz, unsere Haltung zur Flächeninanspruchnahme zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen.

Diese drei Arbeitsfelder sind dabei auch weiterhin für uns von besonderer Bedeutung. Sie sind nicht neu, ich erwähnte sie schon in meinen beiden Haushaltsreden 2005 und 2007.

1. Wir müssen alles Denkbare tun, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehören für uns auch die Investitionen im Bereich Bildung, Kunst und Kultur.
2. Wir müssen versuchen, soziale Verwerfungen bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden, bzw. aufzufangen.
3. Wir müssen versuchen, dem Klimawandel gegenzusteuern. Und das mit allen Mitteln, über die eine Gemeinde verfügt.

Rückblickend können wir sagen, dass die Probleme, die zu beheben wir uns bemühen, nicht weniger werden. Es kommen sogar noch welche hinzu, bzw. werden in ihren tatsächlichen Ausmaßen immer deutlicher.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird in Bergkamen und anderswo immer noch eng verknüpft mit der Ausweisung von Flächen. Ich will damit die Bemühungen zum Stadtmarketing nicht schmälern, sie finden weiterhin unsere Unterstützung, auch wenn wir uns manchmal kleine Akzentverschiebungen wünschen würden. Auch die Ausgaben im Schul- und Kulturbereich können sich sehen lassen, alles zukunftsweisende Investitionen, die auch mittelbar helfen können, Arbeitsplätze zu schaffen.

Gestatten Sie mir aber nun noch ein paar weitere Anmerkungen zu der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Es ist anerkennenswert, mit welcher Energie einzelne Mitarbeiter in der Verwaltung sich diesem Thema stellen. Sich dabei die Leipziger Charta von 2007 zu Eigen zu machen, findet unsere ungeteilte Zustimmung. Doch wie immer, liegen dann die Probleme im Detail.

Es ist aber keine Lösung, einfach Flächen auszuweisen, riesige Areale, die dann an die Logistik verkauft werden. Wir wissen doch inzwischen, dass dieser Unternehmensbereich auch als moderne Nomaden bezeichnet wird. Sie bleiben für 10 Jahre und sind dann weg, an für sie besseren Standorten. Wir müssen nur die Augen öffnen, um zu sehen, mit welchen Kennzeichen die LKW der großen nationalen Logistiker zwischenzeitlich auf bundesdeutschen Autobahnen unterwegs sind.

Auch den wohlfeilen Versprechungen mit der Zahl der mit der Ansiedlung verbundenen Arbeitsplätze dürfen wir nicht glauben: Der Blick nach Unna zu DHL lässt ahnen, dass die Zahl der versprochenen 700 Arbeitsplätze hier genauso wenig zutrifft, wie einst die vom Holzkontor genannten Zahlen. Was uns bleibt, sind die Verkehre. Und auch darauf reagieren wir mit Forderungen von vorgestern: Straßenneubau, L821n.

Dieser ist im Entwurf des FNP kein Thema, weil „schon gesetzt“, so die offizielle Sprachwahl. Dabei wissen wir es doch alle: Der Bau dieser Straße beeinträchtigt ganz massiv unsere Bemühungen, den Freiraum zu schützen und schränkt gleichzeitig den Handlungsspielraum der Gemeinde ein, weil er auch uns etwas kostet. Es ist zwar erst für 2011, aber der Kreisverkehr Pantenweg belastet mit einer nicht unerheblichen Summe den Haushalt.

Andererseits gibt es viele investive Maßnahmen, die dann doch zeigen, dass die wesentliche Richtung stimmt. Bei den ganz großen Projekten, wie z.B. der Landmarke auf der Adener Höhe oder der Wasserstadt Aden bleibt die große Hoffnung, dass die Fremdmittel so fließen, wie sie angedacht sind.

Somit kann ich mich meinem zweiten wichtigen Thema zuwenden, den sozialen Fragen.

Zuerst zum Thema Kinderbildungsgesetz , dem Kibiz.

Das Gesetz kostet die Stadt viel Geld. Gut angelegtes Geld, doch das, was die Landesregierung einigen Gemeinden zumutet, sprengt den Rahmen des politisch Zulässigen. Es ist die klassische konservativ-liberale Politik: ob in der Steuergesetzgebung oder beim Kibiz: den Reichen wird gegeben, den Armen wird genommen.

Das Land geht davon aus, dass 19 % der Gesamtaufwendungen durch Elternbeiträge gedeckt werden. In Bergkamen wären ohne Erhöhung der Beiträge die Elternaufwendungen auf 9,5 % gesunken.

Die Differenz zu den 19 % muss durch die Stadt getragen werden und wird nicht wie in der Vergangenheit durch das Land ausgeglichen. Strukturschwache Städte wie Bergkamen müssen also einen Großteil des Elternbeitragsaufkommens selbst bezahlen.

Auf allen Ebenen der politischen Landschaft wird munter diskutiert, was getan werden muss, um die drängenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Umgesetzt werden Kinderbetreuung, Jugendhilfe und die Ganztagsbetreuung in Schulen immer vor Ort, mit entsprechender Kostenübernahme durch die Gemeinde.

Und der entsprechende finanzielle Ausgleich kommt nie.

Dabei haben gerade wir in Bergkamen eine Menge an Aufgaben zu bewältigen.

Nachholbedarf hat unsere Stadt aus unserer Sicht beim Thema **Integration**, einem der Schlüsselbereiche für eine gelingende Zukunft. Einiges ist schon angepackt worden, der Bereich ist unseres Erachtens auch in guten Händen.

Wir müssen mit einer Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und sicherlich vielen weiteren Maßnahmen, mit unserer

Integrationsbeauftragten und unserem Integrationsbeirat, uns auf den Weg machen, zur Integrationsstadt im Integrationsland Deutschland.

Fünfzig Jahre lang waren wir nur Einwanderungsstadt im Einwanderungsland. Wer allerdings von Integration als einer „Bringschuld der Zuwanderer“ redet, sieht das Problem nicht. Wir müssen den Einwanderern auch die Ressourcen für Integration in Form von Sprachkursen u. ä., an die Hand geben, und wir müssen unsere Türen und Herzen öffnen, privat, in den Firmen, in den Vereinen und durch bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtgebieten.

Eines der wichtigsten Themen aber, das Kindeswohl in unserer Gesellschaft, bedarf immer wieder unserer ganzen Aufmerksamkeit. Es darf nicht dem Alltag, der Routine zum Opfer fallen. Wir Grünen können sehr wohl behaupten, die Diskussion darüber in unserer Stadt vorangetrieben zu haben. Noch vor weniger als 1 1/2 Jahren war offizielle Verlautbarung die, und jetzt zitiere ich: “ Wir brauchen keine Super-Nanny“.

Wir haben uns davon nicht beirren lassen und in 2007 den Antrag gestellt, 25000 Euro für Sach- und Personalkosten einzustellen. Natürlich wissen wir, dass es bei einer solchen Summe nur um einen Platzhalter geht. Die haben wir an vielen Stellen im Haushalt, weil die Kosten nicht vorhersehbar sind. Uns ging es darum, eine Botschaft zu senden, für das, was getan werden muss. Vor genau einem Jahr sagte ich dann hier an dieser Stelle, und nun zitiere ich wieder:

„Sobald die SPD dieses Thema für sich entdeckt hat, bekommt dieses Ansinnen eine Chance“.

Die Botschaft ist angekommen, die SPD hat das Thema für sich entdeckt.

Wir haben jetzt wirklich keine Super-Nanny, aber eine Mitarbeiterin, die mit viel Engagement dieser Aufgabe nachgeht.

Dieses Angebot muss ausgebaut und mit viel Fantasie entwickelt werden. Und dabei brauchen wir eine neue Fehlerkultur. Wir dürfen

nicht immer sagen, was wir richtig gemacht haben, sondern müssen herausfinden, was noch gemacht werden kann.

Immer noch sterben in Deutschland jede Woche zwei Kinder in Folge von Verwahrlosung.

Wir dürfen die Kinder nicht aus den Augen lassen und müssen ein Netzwerk der verschiedenen Zuständigkeiten schaffen. Über die Jugendämter, der Geburtshilfe bis hin zur Polizei und den Kinderärzten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das RisKid- Netzwerk in Duisburg.

Auch der dritte Bereich, nenne ich ihn einfach „Maßnahmen, um dem Klimawandel entgegenzusteuern“, ist bei uns im Fokus.

Schon Ende November letzten Jahres haben wir den Fraktionen einen Antrag zugeleitet, über den heute noch abgestimmt wird.

10 Wochen hatte die Verwaltung in mehreren beteiligten Ämtern Zeit, um auf 9 Seiten zu dokumentieren, wie erfolgreich die Energiesparmassnahmen in der Vergangenheit gegriffen haben und wie vielfältig die Handlungsfelder waren.

Sie war so sehr mit der Darlegung ihrer Erfolge beschäftigt, dass sie unser eigentliches Anliegen aus den Augen verloren hat. Die Beschlussvorlage zu unserem Antrag hat wenig mit dem zu tun, was wir gefordert haben. Aber man kann ja improvisieren, und auch damit haben wir keine Probleme.

In trauter Gemeinsamkeit stimmen dann SPD und CDU gegen diesen, unseren Antrag, mit dem wir nichts anderes wollen, als das, was an anderen Stellen erfolgreich realisiert wurde. Ich denke da nur an das begleitende Gutachten zur Analyse unseres Radwegesystems.

Umfassende Handlungsmöglichkeiten wurden entdeckt und uns aufgezeigt. Auch die eifrigsten Fahrradnutzer hier im Raum haben die vielfältigen Facetten nicht vorher entdeckt, ansonsten hätte es auch hier heißen müssen: kennen wir schon – brauchen wir nicht.

Ich denke deutlich gemacht zu haben, dass dieser Antrag mit den 2,5 Millionen Euro für Energiesparmaßnahmen am Schulzentrum noch nicht abgearbeitet ist. Dies Procedere erinnert mich auch an den Verlauf von vor einem Jahr: 60.000 Euro waren eingestellt, die

Grünen forderten 500000, die Verwaltung schlug 560.000Euro vor und unser Antrag war obsolet.

Diesmal sollte es wohl ähnlich werden. Natürlich reagiert auch die Verwaltung angemessen auf politische Notwendigkeiten. Der Umgang mit Anträgen der SPD ist aber immer ein anderer. Ich würde mir an dieser Stelle einfach mehr Normalität wünschen und nicht immer politische Taktik. Auch das führt zur Politikverdrossenheit, unter der wir alle leiden.

Und schon bin ich bei den Ihnen vorliegenden Anträgen der Grünen/GAL, die auch haushaltswirksam sein sollen:

1. Wir fordern eine angemessene Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze.

So soll die Zahl der Auszubildenden als Gärtner um zwei erhöht werden, ebenso sollen ein bis zwei Schulabgänger die Möglichkeit bekommen, als Straßenwärter ausgebildet zu werden. Nach derzeitigem Stand ist die Zahl der Ausbildungsplätze für die kommenden Haushaltsjahre geringer als für das zurückliegende. Wir sind der Überzeugung, dass auch die Kommunen ihren Beitrag leisten müssen, um der miserablen Ausbildungssituation entgegenzusteuern. Zu viele Jugendliche finden nach Abschluss ihrer Schule keine Stelle, um eine Ausbildung beginnen zu können.

Frau Middendorf, die Situation ist immer noch miserabel. Und hier darauf zu warten, dass der Aufschwung auch bei den Jugendlichen ankommt, kann auch zynisch sein.

Auch wenn die Kommune nach Beendigung der Ausbildung, nach der Lehrabschlussprüfung, keine Gewähr auf Übernahme gegeben kann, so können wir doch einzelne Jugendliche für den Arbeitsmarkt qualifizieren. Ein 16jähriger ohne jegliche Qualifikation droht schneller ins soziale Abseits zu gleiten, als ein 19jähriger mit abgeschlossener Berufsausbildung. Er hat eher das Alter und die Qualifikation für das, was immer wieder eingefordert wird: Mobilität.

Nicht ausgebildete Jugendliche holen uns ganz schnell wieder ein: Sie sind häufiger langzeitarbeitslos als Jugendliche mit einer Ausbildung

und verursachen dann der Gesellschaft, aber auch der Kommune hohe Kosten, die ganz schnell die Ausbildungskosten bei weitem übersteigen.

Es gibt Bereiche innerhalb der Stadt, in denen bisher gut qualifiziert wurde und die Jugendlichen auch nachweisbar später auf dem 1. Arbeitsmarkt vermittelt wurden. Zum Beispiel die Gärtner! Hier wurden sogar gute Projekte im Zuge der Ausbildung umgesetzt, die auch prägend für Bereiche der Stadt sind. Zu nennen sind da die Baumaßnahmen im Stadtpark, die am Gymnasium und zukünftig an der Hellweg-Hauptschule. Es kann aber auch der Beruf des Straßenwärters in Bergkamen ausgebildet werden. Die Ausbildung ist so umfassend, dass diese Berufe sogar im Landschaftsbau nachgefragt werden könnten. Es könnte auch der Straßenbauer sein, Herr Kampmeyer.

Mit begrenztem finanziellen Aufwand lassen sich zwei Ziele gut vereinbaren: Verbesserung der Ausbildungssituation und die des Stadtbildes.

Nur der Umgang der großen SPD mit unseren Anträgen, immer im Besitz der objektiven Wahrheit, irritiert mich schon. Hier wäre genau die Stelle, um auf die Erkenntnistheorien von Sokrates und Platon einzugehen, dass Wahrheit und Erkenntnis nur im Dialog zu gewinnen sind. Aber Sokrates, so wissen wir, wurde von den Besserwissenden hingerichtet. Und auch Platon wandte sich ganz von der Demokratie ab.

Einen Dialog zwischen den Fraktionen über die Abstimmung ähnlicher Anträge hat es in weit zurückliegenden Jahren immer gegeben, in einer Zeit, als die SPD noch stark war.

Nun zum Punkt 2.

Die Fraktion Grüne/ GAL fordert den Verzicht auf die Sanierung der Parkpalette am Nordberg.

Der Haushalt könnte dadurch um 250.000€ entlastet werden. Weiter fordert die Fraktion die Veräußerung der gesamten Fläche, um sie einer anderen Verwendung zuführen zu können. Somit könnte dem Haushalt zusätzlich noch Geld zugeführt werden.

Denkbar für uns wäre eine Einzelhandelsfläche mit Sortimenten im gehobenen Bedarf, aber auch Seniorenwohneinheiten, so sie dann genehmigungsfähig sind, hätten die durch die Nähe zur Fußgängerzone einen besonderen Reiz. Sogar Parkflächen im Untergeschoß eines Baukörpers ließen sich mit einem Investor für dieses Filet-Grundstück aushandeln lassen. Es müsste natürlich genau geprüft werden, was nach der Seveso-Richtlinie des Europäischen Rates in dieser Stelle möglich ist. Entscheidend für uns ist neben dem zusätzlichen Ertrag beim Verkauf der Fläche, eine Nutzung, die dem Nordberg einen Zugewinn, eine Qualitätssteigerung ermöglicht. Die Seveso-Richtlinie als Argument für eine Ablehnung unseres Antrags, das ist allerdings mehr als albern, ebenso die immer wieder vorgeschobene Verkehrssicherungspflicht.

3. Dieser Antrag, der 2007 ebenfalls von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, bezieht sich auf die Parkfläche am Haldenweg. Hier gibt es ca. 8000m² überwiegend gepflasterte Flächen, die fast nur von einzelnen LKW auf der Durchreise genutzt werden. Die Fraktion Grüne/ GAL fordert auch hier erneut, Konzepte für eine bessere Nutzung zu entwickeln, um dann diese Fläche zu veräußern. Der Ertrag für den städtischen Haushalt könnte sich auf mindestens 200.000 Euro belaufen und Substanz für unsere anderen bescheidenen Anträge liefern. Auch wenn die CDU den Antrag, Zitat, „für überflüssig“ hält, ist das ja nicht ungewöhnlich.

4. Wir fordern weiter die Unterstützung der Verbraucherberatung des Kreises Unna durch Einrichtung einer Elektronischen Infothek. Dies geschieht durch Bereitstellung eines Terminals in der Stadtbücherei, dem Bürgerbüro oder an anderer Stelle.

Ziel hierbei ist es, mit geringem finanziellen Aufwand auch den Menschen in Bergkamen die Beratungsangebote zukommen zu lassen, die nicht die Möglichkeit haben, nach Lünen oder Kamen zu fahren. Die Gesamtkosten für die Installation eines solchen Terminals belaufen sich auf ca. 5000€

Folgt die Mehrheit im Rat unseren Anträgen, so erzielen wir auf der einen Seite in der Summe gewaltige Mehreinnahmen, die auch helfen können, den Haushalt aus der Gefahrenzone herauszubekommen. Auf der anderen Seite setzen wir soziale Akzente, mehr für Kinder und junge Menschen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir noch ein paar allgemeine Aussagen zum NKF-Haushalt und zu unserer Finanzsituation. Ich will dabei nicht die einzelnen Zahlen zitieren und bewerten, auch nicht lange darüber philosophieren, ob der neue Haushalt wirklich die erhoffte Transparenz gebracht hat. Für die politische Entscheidung vor Ort ist m. E. eher das Gegenteil der Fall. Friedhofsruhe hat sich seit Einführung des NKF´s über den Bergkamener Rat gelegt.

An dieser Stelle möchte ich gerne auf ein paar politische Realitäten eingehen, die auch unser Handeln vor Ort determinieren.

Der Aufschwung kommt bei den Menschen nicht an. Das sagen zumindest die, die politisch jenseits unserer Kanzlerin einzuordnen sind. Es gilt gleichermaßen für die Gemeinden, die eine Sozialstruktur wie Bergkamen haben. Seit Jahren erleben wir ein Auf und Ab bei den Steuereinnahmen. Die Lohnsummensteuer vor etlichen Jahren war eine verlässliche Größe, sie gibt es seit ca. 20 Jahren nicht mehr. Die ehemals millionenschweren Gewerbesteuererinnahmen durch die großen Firmen wird es auch nicht mehr geben. Haben vor einigen Jahren viele noch geglaubt, der schmerzhafteste Einschnitt, der Abbau von 700 Arbeitsplätzen bei Schering erhöht nicht nur die Umsatzrendite, sondern sichert dadurch den Bestand des Konzerns, sieht man nun, dass die Wirklichkeit eine andere ist:

der immer wiederkehrende Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen wirkt sich fast immer zu Lasten der Menschen und der Gemeinde aus.

Wir sollten auch hieraus unsere Schlüsse ziehen: Ansiedlungspolitik nicht mit einem Blick auf die Großen, sondern auf die Kleinen. Auch im produzierenden und industriellen Bereich. Die sind beständiger und verlagern keine profitable Produktion nach Rumänien. Dass das Land darüber hinaus für eine verlässliche Steuerreform sorgen muss, kann ich an dieser Stelle nur gebetsmühlenartig wiederholen.

Wenn es darum geht, die milliardenschweren Verluste auszugleichen, die Zocker bei der West-LB oder bei der IKB verursacht haben, dann springt auch das Land, neben dem Bund, sofort ein.

Alles zu Lasten der Menschen, die größtenteils dies Geld schwer erarbeiten müssen. Wenn die gleichen Politiker das Geld bereitstellen müssten, für notwendige gesellschaftliche Reformen vor Ort, dann ist keins da.

Das ist menschenverachtend, genau wie das Verhalten einiger unserer oft so hochgelobten Manager, die jedes Maß verloren haben und nur noch geldgierig sind. Mich macht das wütend!

Mich macht aber auch das larmoyante Gerede unserer Politiker in Berlin wütend: Merkel sagt, das Geschehene ist jenseits dessen, was sie sich vorstellen konnte. Leute vom Schlage Zumwinkel würden das Risiko der Steuerhinterziehung nicht eingehen, wenn es wirklich ein Risiko wäre. Die Entdeckung ist immer ein Zufall. Unsere Steuer- und Strafgesetze lassen diese miese Moral wachsen und diese Gesetze werden in Berlin gemacht. Und auch Leißler-Kiep und Weihrauch von der CDU nutzten ja genau dieses Liechtensteiner Stiftungsmodell, um die Parteifinzen zu mehren, auch an der Steuer vorbei.

Ich muss das an dieser Stelle sagen, weil dies alles auch Auswirkungen auf den gemeindlichen Haushalt hat. Ob direkt durch die schon erwähnten Zockereien bei der West-LB und dem Ausgleich durch die Sparkassen oder indirekt, weil Bund und Land Steuermilliarden nicht bekommen und somit nicht nach unten weiterleiten können. Ich möchte dies mit einem einfachen Rechenmodell deutlich machen: Gäbe es keine 240Mio Euro Verlust

bei der West-LB, keine 6,15 Mrd. bei der IKB und keine Steuerhinterziehung von bisher geschätzten 3,4 Mrd. Euro, und würde das Geld komplett bei den Gemeinden ankommen, dann wären dies allein für Bergkamen über 6 Mio. Euro.

Während Rat und Verwaltung der Stadt Bergkamen sich redlich bemühen, mit den begrenzten Einnahmen einen soliden Haushalt auf den Weg zu bringen, bewirken solche Machenschaften, dass wir notwendige soziale Maßnahmen nicht umsetzen können. Dafür bekommt aber der in Rente geschickte Vorstandsvorsitzende der IKB-Bank monatlich 31.000€

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gestatten Sie mir nun noch ein paar Anmerkungen zu den Anträgen der anderen Fraktionen.

Es war bei der Lektüre des Haushalts natürlich auffällig, dass für 2008 wieder keine Summe eingestellt war für den Ausbau der Radwege. Völlig ungewöhnlich nach den Bemühungen der letzten Monate, nach dem, was das viel diskutierte Radwegekonzept uns empfohlen hat.

Wir hatten uns auch überlegt, diese Forderung erneut zu stellen und damit schnell an die Öffentlichkeit zu gehen. Den meisten wird es nicht mehr in Erinnerung sein: Vor genau einem Jahr hat unsere Fraktion die Bereitstellung von jeweils 10.000 Euro für 2008 und 2009 gefordert. Alles abgelehnt, auch von der SPD.

Und nun? Wir haben auf einen erneuten Antrag verzichtet. Schließlich ist das genau die Sollbruchstelle für die SPD, von der ich in einem anderen Zusammenhang im letzten Jahr schon einmal gesprochen habe und wir dachten, dass diese Forderung kommen wird. Wir haben aber darauf verzichtet, schnell wie die Windhunde zu sein. Schließlich gibt es in der SPD kompetente Streiter für eine fahrradfreundliche Stadt und das ist gut so.

Der Antrag der SPD zu den Ausbildungsplätzen ist, wie Gerd Kampmeyer gegenüber der Presse sagte, präziser als der von der Grünen/GAL Fraktion. Ich füge hinzu: von einer brillanten intellektuellen Schärfe.

Es muss einem schon einiges einfallen, um diesem Grünen-Antrag nicht zustimmen zu müssen. Folglich wird ein eigener und fast inhaltsgleicher SPD-Antrag nachgeschoben. Dann kann der Grünen-Antrag abgelehnt werden und die Ausbildungsplätze kommen doch.

Aber ist das wirklich intelligent, oder sind genau das die taktischen Winkelzüge, die die Wähler nicht wollen. Auf jeden Fall verbessern sie nicht die Glaubwürdigkeit von Politik.

Lieber Gerd, und dann im Zusammenhang mit den Anträgen zu sagen, einige Ratsvertreter verlören das Wohl der Stadt und der Bürger aus den Augen, ohne klar zu sagen, wenn Du meinst, stelle ich mal als rhetorische Fehlleistung in die Ecke, ansonsten wäre es ein Skandal, besonders mit Blick auf das, was derzeit in der SPD los ist.

Es kommen aber wieder die Zeiten, in denen auch die Sozialdemokraten sich abstimmen werden mit den Grünen. Absolute Mehrheiten wird es nicht mehr geben.

Zur CDU habe ich schon etwas gesagt. Gestalten ist nicht verwalten. Mit einer prekären Haushaltssituation umzugehen und dabei zukunftsweisend zu handeln, setzt schon etwas mehr voraus, als den scheinbar weisen Verzicht auf zusätzliche Forderungen.

Ihre Haltung zum Kunstprojekt „Landmarke“ bezeichne ich als unverantwortlich. Sie wissen genau, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt diese Chance nicht wieder bekommen. Auch müssten Sie wissen, dass Kunst und Kultur, genau wie die Bildung, zumindest nicht unmittelbar rentabel sind. Aber dem Umgang mit Bildung wird schließlich auch in Düsseldorf nicht die höchste Priorität eingeräumt.

Bei BergAuf greift das Motto „Kräfte sparen für den nächsten Wahlkampf“. Anders kann ich mir den Widerspruch zwischen Abstinenz auf allen öffentlichen Veranstaltungen und den gelegentlichen Verbalattacken im Rat nicht erklären. Politisch im Glashaus sitzend kann dann leicht das Gefühl aufkommen, das Volk zu sein und für das Volk zu sprechen. In Wirklichkeit aber ist Ihre Politik entlehnt dem Zentralorgan der MLPD, der „Roten Fahne“ und den Worten ihres großen Vorsitzenden, Stefan Engel.

Dies hält uns aber nicht davon ab, ernsthaft Ihre Anträge zu bewerten und zu entscheiden.

Sie fordern einen Verzicht auf erhöhte Liquidität. Dann machen Sie es doch ganz direkt: Fordern Sie bitte die Mitarbeiter der Verwaltung auf zufrieden zu sein, wenn sie Ihren Juni-Lohn erst mit Eintreffen der Steuerabschlagszahlungen im Oktober erhalten. Ihr Antrag ist blanker Unsinn.

Zur Landmarke „Großes Holz“ habe ich an anderer Stelle schon etwas gesagt. Ihnen allerdings kann man zugute halten, weil Sie oft die Diskussionen in den Ausschüssen und an anderer Stelle nicht mitbekommen, dass Sie es nicht besser wissen.

Sie fordern zusätzliche Mittel für die Jugendarbeit. Konkret geht es um Räumlichkeiten und Personal.

Auch die Grüne/ GAL-Fraktion sieht die Notwendigkeit, die Arbeit in diesem Bereich zu verstärken. Wir schießen aber nicht aus der Hüfte, solche Ansinnen bedürfen einer genauen Bestandsanalyse, auch im Dialog mit dem Jugendamt.

Und nun zu Ihrem Antrag, die Elternbeiträge auf null zu setzen.

Vorab: Sie leisten sich da aber einen fetten, logischen Lapsus. Die nicht vorhandenen Mittel wollen Sie über erhöhte Schlüsselzuweisungen des Landes erhalten und verweisen genau da auf einen Ihrer Entschließungsanträge. Wenn Sie mir heute sagen, dass unsere Landesregierung vor Ihrem Entschließungsantrag einknickt und das Geld überweist, dann stimmen wir gerne für dieses

Ansinnen, die Elternbeiträge sofort auf Null zu setzen. Die Mehrheit hier im Rat wünscht sich eine Beitragsfreiheit, sie wird auch kommen, in den nächsten 2 bis 3 Jahren. Aber so wie Sie es machen wollen, geht es nicht.

Da das Gemenge von Anträgen und Entschließungen etwas wirr ist, sehe ich noch so einiges an Beratungsbedarf. Und das sollte in den Fachausschüssen erfolgen.

Meine Damen und Herren,
ich sprach im letzten Jahr vom Charme eines Telefonbuchs, den das dicke Werk des Haushaltsentwurfs hat. Ich habe in den vielen Sitzungen des NKF-Arbeitskreises mitbekommen, mit welcher großer Sachkenntnis und großem Engagement die Mitarbeiter der Kämmererei das vorliegende Werk erarbeitet haben. Dafür gebührt allen unser Respekt und unser Dank. Auch wenn die grüne Fraktion sich hier und da auch Änderungen gewünscht hätten, werden wir dem Haushalt doch zustimmen.

Aber die Zeit arbeitet für uns, Veränderungen brauchen leider manchmal viel Zeit und viel revolutionäre Geduld

Die Fraktion Grüne/ GAL bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern in allen Fraktionen für die überwiegend faire Zusammenarbeit. Möge sie über politische Differenzen hinaus Bestand haben.

Wir danken den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wir wissen sehr wohl, dass sie jetzt eine starke und kluge Gewerkschaft brauchen, um die Lohnverhandlungen zu einem vernünftigen Abschluss zu bringen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Harald Sparringa
Vorsitzender der Grünen/ GAL-Fraktion im Rat der Stadt Bergkamen